

Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Eva Lettenbauer, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Gisela Sengl, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Martin Stümpfig, Hans Urban, Christian Zwanziger BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Glyphosat-Einsatz beenden!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- den Einsatz von glyphosathaltigen Pestiziden auf staatlichen Flächen nicht nur in den Einrichtungen des Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (StMELF), sondern auch in der bayerischen Schlösser- und Seenverwaltung und auf den Flächen, die den staatlichen Bauämtern unterstehen, zu beenden,
- den Verzicht auf glyphosathaltige Pestizide in die Richtlinien über die Berücksichtigung von Umweltgesichtspunkten bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (Umweltrichtlinien Öffentliches Auftragswesen – öAUMwR) aufzunehmen,
- sich auf Bundes- und Europaebene für ein schnellstmögliches Verbot des Wirkstoffs Glyphosat einzusetzen.

Begründung:

In einem Urteil hat ein US-Gericht erstmals Glyphosat als maßgeblich mitverantwortlich für eine Krebserkrankung angesehen. Der Betroffene hatte das glyphosathaltige Mittel Roundup über 26 Jahre hinweg regelmäßig angewandt und war schließlich an Krebs erkrankt. Neben dieser Klage stehen in den USA mehr als 760 weitere Klagen gegen das Glyphosathaltige Mittel im Raum.

Da eine Kanzerogenität von Glyphosat bis heute nicht eindeutig ausgeschlossen werden kann, muss das Vorsorgeprinzip gelten und die Bevölkerung vor den möglichen Gefahren des Stoffs geschützt werden. In ihrem Bericht zur Neubewertung von Glyphosat (Beschluss Drs. 17/7434) schreibt die Staatsregierung, sie strebe ein Ende der Anwendung des Wirkstoffs Glyphosat so schnell wie möglich an. Dieser Ankündigung müssen Taten folgen! Ein schnellstmögliches Ende der Verwendung ist nur mit einem konsequenten Anwendungsverbot möglich. Deshalb muss die Staatsregierung die Anwendung des Pestizids auf allen staatlichen Flächen - nicht nur auf denen des StMELF - beenden und sich endlich für ein Verbot des Wirkstoffs Glyphosat auf Bundes- und Europaebene einsetzen.